

Gemeinschaftskunde Klasse 9

Schulwoche 27 (30.03. - 03.04.2020) +

Schulwoche 28 (06.04.- 09.04.2020)

Vorbemerkung: Die folgenden Aufgaben gelten für die beiden Unterrichtswochen. Die Ergebnisse werden voraussichtlich am 20.04.2020 im Rahmen einer Unterrichtsdiskussion ausgewertet.

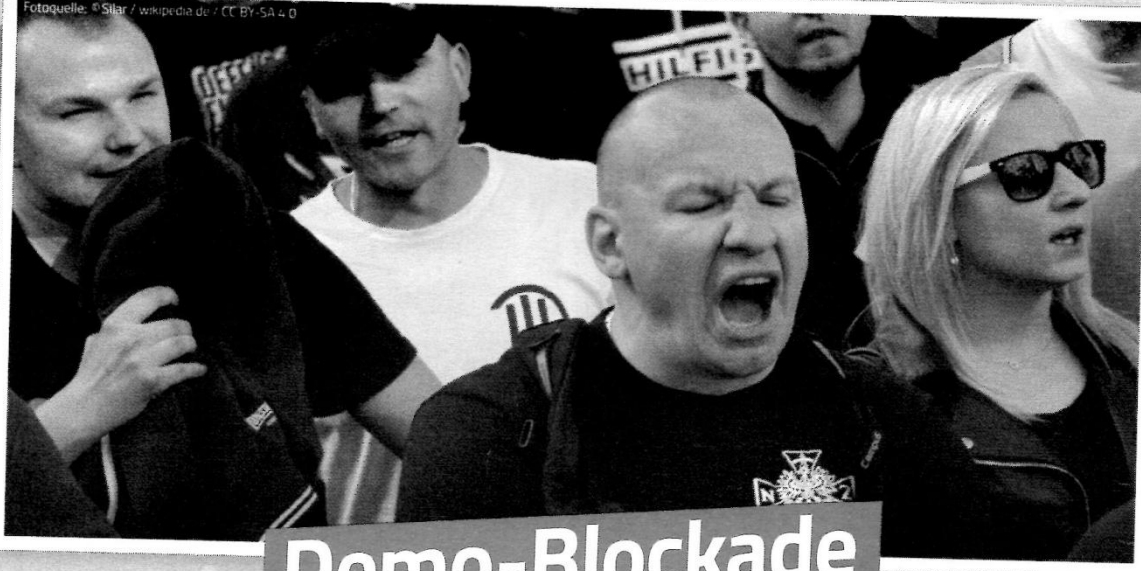
Aufgaben:

Einstieg: Es existiert kein Rechtsgrundsatz, der besagt, dass Gesetze widerspruchsfrei sein müssen. Welche Folgen kann das haben?

1. Schlage in einem Lexikon die Bedeutung der Begriffe *legal* und *legitim* nach.
2. Lies dir den Text „Demo-Blockade“ auf der Kopie durch und lege im Hefter eine Überschrift „Fallbeispiel Demoblockade“ an.
3. Schreibe aus dem Text folgende Informationen heraus und übertrage sie in den Hefter:
Thema des Fallbeispiels, Positionen zum Thema, Aussage des Grundgesetzes
4. Schreibe auf mit welchen Argumenten die Blockade jeweils gerechtfertigt bzw. kritisiert wird.
5. Erkläre, inwiefern die Prinzipien der Rechtsgleichheit und der Rechtsbindung dabei eine Rolle spielen.
6. Lies dir den Text „Sitzblockade“ durch und beschreibe mit eigenen Worten, worum es sich bei einer Sitzblockade überhaupt handelt.
7. Der Text „Sitzblockade“ spricht von Nötigung, im Fallbeispiel wird über ein drohendes Bußgeld gesprochen. Lies im Strafgesetzbuch § 240 (Kopie) nach, ob für die Sitzblockade wirklich nur ein Bußgeld droht.
8. Recht oder Unrecht? Lies dir die beiden Sprechblasen (Kopie) durch und ordne sie einer Position zu.
9. Die Frage *Recht oder Unrecht?* ist mithilfe der bisherigen Arbeit hinreichend beantwortet. Die entscheidende Frage lautet: „Ist das legitim?“ Schreibe dazu **wahlweise** einen Kommentar oder ein fiktives Interview mit einer Zeitung in deinen Hefter. Der Text soll eine Gegenüberstellung der Argumente und eine persönliche Entscheidung beinhalten.

Der Text aus Aufgabe 9 kann freiwillig als zu bewertende Leistung bei mir in der ersten regulären Stunde nach Wiedereröffnung der Schule eingereicht werden. Der Text soll mind. eine DIN-A4-Seite umfassen.

Demo-Blockade



Demo-Blockade

Was Recht ist, steht im Gesetz. Es gibt aber auch Situationen, in denen Recht bewusst gebrochen wird – zum Beispiel, um eine Neonazi-Demo zu verhindern. Ist das legitim?

RECHT

oder

UNRECHT?

In Artikel 8 des Grundgesetzes heißt es, dass alle Deutschen das Recht haben, „sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“. Diese Versammlungsfreiheit ist ein sehr hohes Gut in unserer Demokratie. Wer andere an der Wahrnehmung seines Demonstrationsrechts hindert, macht sich strafbar. Deshalb werden Kundgebungen auch immer wieder von der Polizei geschützt. Doch was ist, wenn bei Protesten Demokratie und Freiheit in Frage gestellt werden? Ist es dann legitim, diese Demonstration mit einer Sitzblockade zu verhindern? Natürlich hat jede und jeder das Recht, deutlich zu machen, dass Neonazis in einer Stadt nicht willkommen sind, sagen die Befürworter*innen. Und wenn man die Anliegen einer Demonstration für fragwürdig oder gar bedenklich hält, kann man sich ihr auch in den Weg stellen. Dafür muss man im Zweifelsfall dann aber auch ein Bußgeld in Kauf nehmen.

Wenn man sich aus moralischen Gründen gegen das Recht stellt, finden das viele legitim. Wird also eine Demonstration von Neonazis blockiert, sind viele der Überzeugung, dass es okay ist, weil man für die gute Sache kämpfen und sich den Bösen in den Weg stellt. Aber wo ist dann die Grenze? Was passiert zum Beispiel, wenn ich das Auto meines Nachbarn klaue, weil ich das Recht auf Eigentum für grundsätzlich falsch halte? Oder wenn ich Gewalt gegen einen anderen Menschen einsetze, weil ich es für den einzigen Weg halte, einen Konflikt zu lösen? Wenn Privatpersonen entscheiden, was Recht und was Unrecht ist, kann das schnell gefährlich werden. Ziviler Ungehorsam – also das bewusste Übertreten staatlicher Verbote, um für eine Sache zu kämpfen – wird so genutzt, um politische Ideale durchzusetzen. Dies kann dazu führen, dass man sich nicht mehr darauf verlassen kann, dass das, was im Gesetz steht, auch wirklich gilt.

Sitzblockade

Eine Sitzblockade ist eine Form des politischen Protestes. Die Beteiligten setzen sich auf den Boden und verhindern so den regulären Betrieb beispielsweise auf einer Straße oder Zufahrt. Häufig geschieht dies an Orten, die symbolhaft für die bekämpften politischen Ziele stehen, z. B. vor Atomkraftwerken. Entweder beenden die Beteiligten den Sitzprotest selbst nach einer gewissen Zeit oder sie werden von Polizisten weggetragen. Sitzblockaden gelten als Form des zivilen Ungehorsams bzw. des zivilen Widerstandes.

Strafrechtlich wurde eine Sitzblockade früher stets als Nötigung bewertet. 1985 relativierte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) diese damals von der Rechtsprechung vertretene strenge Sichtweise des strafrechtlichen Gewaltbegriffs. Im Jahr 1995 entschied das BVerfG, dass die Sitzblockade vor ‚einem‘ Fahrzeug noch keine Gewalt darstelle (...). Eine Sitzblockade verbunden mit Anketten, Einhaken oder aktivem Widerstand gegen das Wegtragen wird auch vom BVerfG im Regelfall als Nötigung angesehen. (...)

(www.uni-protokolle.de/Lexikon/Sitzblockade.html / Abrufdatum: 10.03.2016)

Strafgesetzbuch (StGB)

§ 240 Nötigung

(1) Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Rechtswidrig ist die Tat, wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen ist.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1.eine Schwangere zum Schwangerschaftsabbruch nötigt oder

2.seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger mißbraucht.



In einer Demokratie darf jeder die Meinung vertreten, die er für richtig hält. Er muss sich dabei aber an die Spielregeln halten, die für alle gelten. Sitzblockaden gehören nicht dazu.



Wer Straßen oder Eisenbahngleise blockiert, nimmt anderen die Bewegungsfreiheit. In einem Rechtsstaat darf das unter keinen Umständen geduldet werden, egal, wie die Demonstranten ihr Handeln begründen.